



Der runde Tisch Berlin und Deutschland als Ganzes

Rundbrief 5 2012

Liebe Leserin und liebe Leser,

wie immer gibt es reichlich zu berichten, denn nicht nur in unserem Land tun sich wichtige und bemerkenswerte Dinge. Aus zeitlichen Gründen und um diesen Rundbrief nicht zu lang zu machen, konzentriere ich mich auf die naheliegenden Bereiche.

Am 02.12.2012 wurde ein Interview veröffentlicht, in dem mich S o m m e r, Tobias, in der Hauptsache zum Thema Staatsangehörigkeit befragte. Das Video wurde unter der Reihe „Sommers Sonntag“ im weltnetz veröffentlicht. In der Kürze der Zeit war es natürlich nur schwer möglich, dieses Thema auch nur annähernd abschließend zu behandeln. Es reichte allerdings wieder aus, um einige Menschen aufzujaulen zu veranlassen. Besonders heftig am Jaulen war dabei K l a s e n, Rüdiger, der der mittlerweile recht verbreiteten Strategie der Anerkennung der Weimarer Verfassung - in Verbindung mit Bezug auf Artikel 146 GG und der vorgeblichen Rückgewinnung des Heimatrechtes - anhängt sowie die These der (vorgeblichen) Entnazifizierung verbreitet. Ebenfalls sehr intensiv wird diese Sache von C l a u s s, Andreas, gefördert.

Einer der wesentlichen Punkte ist die Behauptung, daß nur eine Anerkennung der Weimarer Verfassung die Recht(s)fähigkeit wieder herstellt und zudem auch in die Lage versetzt, mit den Alliierten einen Friedensvertrag auszuhandeln. Unabhängig von der unseligen Verknüpfung dieser „Verfassung“ mit dem Versailler Diktat, stellt sich jedem ernsthaft denkenden deutschen Menschen die Frage, wer denn hier die Friedensvertragsverhandlungen führen soll? Dies wird wohl schwerlich von Volksvertretern, die mit der Lüge der Alliierten aufgewachsen sind und den damit verbundenen Wahnsinn als normale Norm angenommen haben, sinnvoll zu realisieren sein. Das kann bestenfalls einige kurzsichtig denkende Gemüter befriedigen und täuschen.

Desweiteren wird hier die Nazikeule in recht subtiler Weise und in umgekehrter Richtung angewandt. Die Belege dafür werden teilweise aus altem Reichsrecht und den heutigen Besatzungsnormen entnommen. Gültige Gesetze und unheilbar nichtige Gesetze sowie Besatzungsdiktate werden munter gemischt. Wer sich mit der Materie beschäftigt hat, kann unzweifelhaft überblicken, daß ein von den „Drei Mächten“ aufgezwungenes „*Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*“ keine vom deutschen Volk legitimierte Grundlage war und ist. Es ist Ausdruck eines in Worte geschmiedeten Diktats und Hochverrats. Seine Geltung war zu keinem Zeitpunkt wirksam einklagbar. Es war und ist lediglich ein Teil einer Kriegsliste. Unter dem Aspekt, daß bei der Entstehung des GG'es auch Altnazis mitgewirkt haben, ist die jetzt angewendete Nazikeule geradezu pervers, zumal dieses Werk ja mittels u. a. des Artikels 146 in Bezug genommen und somit anerkannt wird. Diese Anerkennung soll obendrein auch noch beurkundet werden - und das von Organen, die einzig und allein durch die „Drei Mächte“ legitimiert sind und sich somit mit uns noch immer im Kriegszustand befinden. Rein sachlich betrachtet ist aus meiner Sicht eine solche Urkunde formal eine freiwillige Unterwerfung unter das Besatzungsdiktat und zugleich eine freiwillige und selbstbeantragte Entmündigung. Zudem enthält diese „Urkunde“ Formfehler, welche diese unwirksam macht.

Daraus ergibt sich weder ein nachweisbarer Schutz noch ein einklagbarer Anspruch, wie unzählige „Verfassungsklagen“ belegen, die einfach nicht angenommen worden sind. Hinzu kommt der dabei gern übersehene Widerspruch zum 1990 aufdiktierten „Deutschland“, das bisher keinen Eingang in das GG gefunden hat, was klar belegt, daß es sich hier um "zwei Paar verschiedene Schuhe" handelt. Das GG soll für eine 1990 aufgelöste BRD und nicht für ein zugleich neugeschaffenes Deutschland gelten, was sich aus dem Inhalt zweifelsfrei erschließt. Wenn man dann dieses neue „Deutschland“ im Sinne der Definition der Alliierten als „Deutsches Reich“ betrachtet, wird die ganze Angelegenheit noch widersinniger.

Weiterhin kommt hinzu, daß alles, was sich normativ in unserem Land seit dem Beginn des WK'es I verändert hat, keine Gültigkeit haben kann. Das nach wie vor bestehende Kriegsrecht steht dem entgegen und verdrängt jegliches Vertragsrecht. Alles, was seit dem vertragsrechtlich oder normativ an Änderungen geschaffen wurde, ist bestenfalls latent wirksam, doch nicht verbindlich. Sich auf dieses Lügengeflecht verbindlich und nicht zum Zwecke der Verdeutlichung zu beziehen, ist fatal und kann zu keinen brauchbaren Ergebnissen führen. Unser Land ist faktisch besetzt und Kriegsbeute, was durch Verräter realisiert und aufrechterhalten wird. Aus diesen nichtigen Normenbezügen eine Staatenlosigkeit zu konstruieren, ist nicht weniger eine Täuschung - wie die Geschichtslügen der Alliierten. Die Erlasse einer Weimarer Republik, eines Großdeutschen Reiches, einer Bundesrepublik Deutschland oder eines „Deutschland“ nach der Definition der Alliierten sind für Deutsche nur mittels Gewalt und Täuschung anwendbar. Legitim sind solche unter keinen Umständen.

Normen habe immer einen realen Bezug zu der Zeit ihrer Entstehung. Da das letzte legale Deutsche Reich von 1871 bis 1914 einen anderen inneren Aufbau hatte, kann wohl hier ein Vergleich mit dem Dritten Reich oder einer BRD kaum sinnvoll und zielführend sein. Dabei soll nicht vergessen werden, daß es damals wenigstens noch einen „Volkskörper“ gab, der für die Frage und die Anerkennung der Staatsangehörigkeit nicht unbedeutend ist. Unter diesen Umständen Haarspalterei mit Begrifflichkeiten wie „Reichsangehörigkeit“ und „unmittelbare Reichsangehörigkeit“ zu betreiben, ist nicht zielführend und zudem auch nicht so ohne weiteres anwendbar. Es könnte hier z. B. eine mögliche Kollision mit dem übergeordneten Sittengesetz eintreten. Hat sich die aktuelle Realität zu weit von der unter einer anderen Realität begründeten Norm entfernt, so ist diese nicht mehr anwendbar. In diesem konkreten Fall gälte der deutsche Volkskörper als zerfallen. Die noch bestehenden Reste hätten in der Mehrheit keinen korrekten Bezug mehr zu den Zeiten, in denen das hier betrachtete Staatsangehörigkeitsgesetz geschaffen wurde.

Diese Norm ist also nicht mehr uneingeschränkt anwendbar und kann bestenfalls für historische Betrachtungen noch eine Wirksamkeit entfalten. Dabei darf nicht übersehen werden, daß hier die natürliche Entwicklung zwangsweise unterbrochen und durch ein Fremddiktat ersetzt wurde. Es könnte zwar noch formal die Zeit zurückgedreht und einfach auf die Zeit vor dem Kriegsbeginn verwiesen werden, wäre da nicht die fehlende faktische Grundlage, das Staatsvolk - nach moderner Staaten-THEORIE. Dieser Fakt ist auch nicht mit Begriffen wie "Heimat" zu heilen. Das hier wieder ausgegrabene Heimatrecht ist ein Naturrecht und kein Sachenrecht. Es ist ein sehr individuelles Recht, denn hier sind zu viele nicht normierbare Einflüsse entscheidend. So ist z. B. ein Heimatgefühl nicht zwingend an einen Geburtsort gebunden! Auch gab es Zeiten und Gebiete, in denen Heimatrecht ein verliehenes Privileg war!

In letzter Zeit wird auch wieder der eigentlich veraltete Begriff „Indignat“ verwendet. Dieser Begriff stammt von „Eingeborener“ ab, wird aber auch synonym für Eingeborensein, Staatsangehörigkeit, Ortsangehörigkeit und Heimatrecht verwendet. Wie daraus zu erkennen ist, wurde früher nicht so scharf zwischen den verschiedenen Bedeutungen getrennt. Nach der globalen Einigung von 1933 entschied sich die „Staatengemeinschaft“ für die Staaten-THEORIE nach der drei-Elemente-THEORIE. Dies erforderte eine Spezifizierung der Begrifflichkeiten und somit war der Begriff „Staatsangehörigkeit“ unumgänglich. Dieser ersetzte den Begriff Heimat aus normativen Gründen. Was diese neue Normierung der Gebietskörperschaft „Staat“ für Folgen hatte und hat, ist ein Thema für sich und würde den Rahmen dieses Rundbriefes sprengen. Um Ihnen aber eine Idee bezüglich möglicher rechtlicher Folgen zu geben, gebe ich hier einen Auszug aus der Verfassungsurkunde für das Königreich Bayern vom 26. Mai 1818 wieder.

„§2 Das Bayerische Staats-Bürgerrecht wird durch das Indignat bedingt, und geht mit demselben verloren.“

An dieser Stelle möchte ich mich aber wieder dem Kern und dem Hauptakteur zuwenden. Grundsätzlich ist die Nutzung von Normen eines kriminellen und zudem auch noch fremdgesteuerten Systems nutzlos, wie unzählige Beispiele belegen. Jede Nutzung hält das System nur länger am Leben und verhindert eine vernünftige Weiterentwicklung. Hier wird im Unterbewußtsein genau die falsche Richtung eingeschlagen. Ob Verfassung, Grundgesetz oder

sonstiger Normenquatsch ist völlig unerheblich, wenn eine zuverlässige Umsetzung nicht gewährleistet ist. Mehr braucht es hier nicht zur Erörterung...

Dieser Herr K l a s e n ist ein recht schwer zu ertragender Geist, wie sich bereits im Oktober 2010 zeigte. Damals wollte er eine neue Initiative begründen und hatte viele Leute aus dem Widerstand eingeladen. Es ist bezeichnend, daß viele Gäste bereits vorzeitig die Veranstaltung verließen, nicht selten unter lautem Protest und anderen deutlichen Unmutsäußerungen. Bei der anschließenden Kommunikation per E-Post kam es dann auch schnell zum Krach, denn ich bemerkte recht bald, daß hier eigene Interessen eine übergeordnete Rolle spielten: Rache für ein erlittenes Unrecht und das Thema "Biogasanlagen" waren der eigentliche Anlaß für die Trittbrettfahrt auf dem Reichsroller. Dies scheint bis heute nicht anders zu sein, wie sich aus den primitiven und unsachlichen Äußerungen zu meinem Interview erkennen läßt. Ein Zitat aus dem damaligen Schriftwechsel:

„Alle persönliche Differenzen und Befindlichkeiten zurücksetzen, der Heimat und dem deutschen Volk und damit sich selbst DIENEN!“

Wie Herr K l a s e n jetzt seine persönlichen Befindlichkeiten „zurücksetzt“, kann jeder schnell im Weltnetz nachlesen. Auch ich bin ein Teil des deutschen Volkes, was bei den gegen mich gerichteten Verleumdungen und Beleidigungen wohl in Vergessenheit geraten ist. Mit Floskeln wie "Volk" und "Heimat" konnte unser Land schon mehr als einmal erfolgreich in Kriege gezogen werden. Das sind bei Ideologen beliebte Begriffe gewesen, zumindest vor der Umerziehung des deutschen Volkes zu Arbeitssklaven und Humankapital der „Drei Mächte“.

Hier geht es um Normen und nicht um Menschen, wie es scheint, um nichts anderes, als aus den Systemsprachrohren auch herauskommt. Normenschlachten bei Scheingerichten oder Scheinbehörden wurden, wie ich finde, schon genug geschlagen, um deren Sinnlosigkeit zu beweisen. Was macht es da für einen Sinn, einer hohlen Urkunde über die Zugehörigkeit zu einer dubiosen NGO hinterherzulaufen, die einem Menschen höchstens den Weg zum tatsächlichen Menschsein verbaut? Wie kann das den siechenden Volkskörper ursächlich heilen? Eine Staatsangehörigkeitsurkunde ist wie eine Schmerztablette - sie vertreibt bestenfalls für eine Weile den Schmerz, aber kann die Ursache des fehlenden gesellschaftlichen Gefüges nicht heilen. Auch stellt sie in einer skrupellosen Diktatur keinen Schutz dar und könnte bestenfalls als Beleg für einen aktiven Versuch des Widerstandes, zum Heizen oder als dekorativer Wandschmuck dienen. Eine solche Urkunde ist wertlos ohne den Rahmen eines korrekten und mit Menschen beseelten Recht(s)staates. Das ist politische Kosmetik.

Als politische Kosmetik habe ich auch die „Deutschland-Konferenz“ des Compact Magazins schon vor dieser Veranstaltung betrachtet. Wie sich im Nachhinein herausstellte, lief dann ja auch alles recht flach und unspektakulär ab. Hohe Veranstaltungskosten, eine schlechte Abstimmung, die zu Lasten einiger wichtiger Redner ging, und nicht zuletzt die Rede eines Franzosen, die nicht simultan übersetzt wurde, was den deutschen Zuhörern gegenüber ein gutes Stück Arroganz auswies. Für Neulinge war es eine interessante Veranstaltung, sie konnte aber den hohen Erwartungen anderer Teilnehmer nicht gerecht werden, wie sich aus den Berichten einiger Anwesenden ergab. Zu heiß ist dieses deutsche Eisen, als daß sich daran hochkarätige Redner die Finger verbrennen wollten.

Ebenfalls als politische Kosmetik habe ich das "Deutschland-Projekt" bewertet. Bereits im Vorfeld habe ich an die Veranstalter geschrieben und einige kritische Betrachtungen kundgetan, was natürlich überhaupt nicht gut ankam, und dementsprechend war die Antwort eher mäßig bis peinlich. Was dabei angekündigt worden war, unterschied sich kaum von dem, was wir bereits mit dem Runden Tisch Magdeburg im Jahr 2006 begonnen hatten. Dieser hielt nicht einmal ein Jahr und war im Frühjahr 2007 bereits verschwunden. Arbeitsgruppen für aktuell eher unwichtige Themenbereiche und vorgefertigte Ergebnisse waren schon im Vorfeld abzusehen. Die angezeigten Erwartungen hätten auch nicht einmal realisiert werden können, wenn hier nur bestens informierte und willige Menschen teilgenommen hätten. Die Einigung Deutscher Souveräne war mit zwei Teilnehmern präsent und bestätigte die zuvor geäußerten Befürchtungen. Guter Wille war genug vorhanden, aber das war es dann auch schon. Mehr war wohl auch nicht zu erwarten. Es war eine Initiative unter vielen anderen, wie es sie seit Jahren in steigender Zahl gibt - ein weiteres Spielfeld für diejenigen, die sich in anderen Initiativen nicht gut aufgehoben fühlen.

Auffällig ist in letzter Zeit besonders die Medienlandschaft. Hier werden immer öfters kritische Berichte veröffentlicht, die noch vor einem Jahr so nicht hätten gebracht werden dürfen. Das bestehende System ist offenbar dabei, sich selbst zu beseitigen oder besser: die Steilvorlagen für ihre Beseitigung zu liefern. Das ist nicht unbedingt neu, das zu erkennende Tempo aber schon. Um sich selbst zu beseitigen, sind die Spieler viel zu feige und wollen das durch das Wahl-Volk machen lassen. Doch wie immer: dieses ist nach wie vor zwar unruhig, doch noch immer nicht bereit, in den Generalstreik zu treten. Die mittlerweile offenkundig illegalen Schutzgelder werden immer noch relativ leicht eingetrieben, und genug Härte wird dabei ja eingesetzt.

Wie einer Mitteilung von Herrn Matthes Haug zu entnehmen war, wurde bei ihm eine Hausdurchsuchung wegen einer einfachen Geschwindigkeitsüberschreitung durchgeführt. Dabei wurden Motorradkleidung und Helm sichergestellt. Angeblich war dies notwendig, um eine anthropologische bzw. gentechnische Untersuchung vorzunehmen. Also, liebe Falschparker und Verkehrsterroristen, es kommen schlechte Zeiten auf Euch zu. Kritisches Hinterfragen der gesetzlichen Grundlagen für die üblichen, nichtigen „Buß“-Geldbescheide führt jetzt schon beinahe flächendeckend zur Androhung einer teuren psychologischen Untersuchung und zum Führerscheinentzug. Bald wird wohl schon der „Verstoß“ selbst zu drakonischen Maßnahmen führen. Wenn die als „Behörden“ getarnten Plünderer nicht aufpassen, dann ist die Kuh, die bisher zur Finanzierung des maroden Haushaltes Unglaubliches geleistet hat, bald tot. Autofahren wird dann zu einem nicht mehr tragbaren Risiko, wobei das Unfallrisiko statistisch bereits jetzt vernachlässigt werden kann.

Gegen mich wurde von der Firma „Amtsgericht Wedding“, das mittlerweile als europäische Plünderungszentrale für Deutschland etabliert wurde, ein Betreuungsverfahren „angeregt“, was mich etwas aufgeregt hat. Vermutlich bin ich im Vorfeld mit einer skrupellos plündernden Nazibande aneinandergeraten, die aus Staatsanwälten, Richtern und sogar Ministern zu bestehen scheint. Näheres dazu habe ich im Weltnetz veröffentlicht:

<http://www.der-runde-tisch-berlin.info/aktuellenachricht.htm>

Ebenfalls hier zu finden ist mein Bericht über den Versuch, gewaltsam gegen mich vorzugehen. Bisher ist es nicht klar, ob es sich dabei um einen anscheinend „offiziellen“ Polizeiakt oder etwas anderes gehandelt hat. Die erstattete Onlineanzeige hat bisher kein Ergebnis geliefert, und ich tappe weiter im Dunkeln darüber, was wirklich dabei gelaufen ist. Gibt es einen Haftbefehl, oder ist das eine Staatsschutzsache oder ein privater Akt gewesen? Polizei, die mittels Scheckkarte und viel Kraftaufwand versucht, die Tür zu öffnen, ist nicht ganz überzeugend. Aber wie dem auch sei: es gibt genug Verrückte und Kriminelle in diesem Land. Als für verschiedenste Gruppen unbequeme Person muß ich immer mit Gewaltakten gegen mich rechnen. Bisher habe ich drei Morddrohungen und eine Kriegserklärung überstanden, auch Todesurteile liegen gegen mich umher - das ist doch reichlich Grund, weiterzumachen, denn wenn mein Tun unwichtig wäre, dann gäbe es Derartiges sicher nicht!

Wegen der herannahenden Feiertage will ich noch einmal daran erinnern, daß Gorbatschow bereits im Jahr 2011 deutsche Politiker warnte und diesen riet, ihr Würstchen zu Silvester zu genießen, denn es könnte das letzte Silvester gewesen sein, wo dies so ohne weiteres möglich sei. Es ist ja nicht mehr lange hin, und dann werden wir wissen, ob und was geschehen ist. Im internationalen Kontext stehen hier einige Möglichkeiten zur Auswahl. Ein möglicher Militärputsch in der Türkei, die Ausradierung Israels, ein Militärschlag gegen den Iran, der laufende Putsch in den USA, die laufende „Entnazifizierung“ in Rußland und in den USA, eine völlig neue Weltwährungssituation, der Zerfall der Nato und noch so einiges mehr werden hierzulande kaum öffentlich erwähnt. Im Weltnetz ist dazu aber einiges zu finden, was mehr als nur interessant ist. Wer sich hier etwas schlau macht, weiß einfach mehr, als wenn er seine Lebenszeit vor der Propagandaglotze sinnlos verbrächte.

Es tut sich viel, und es geht nicht nur dieses Jahr bald zuende, sondern vielleicht auch eine ganze Ära.

Ich für meinen Teil bin jedenfalls gespannt auf die nahe Zukunft.

Von alledem unbefangen und ohne Beachtung ihrer fehlenden Legitimation, wurschteln die Bundestagsabgeordneten weiter umher, als wenn nichts Besonderes wäre. Aktuell wird die Zwangsmedikation durchgewunken, wohl in der Hoffnung, daß genügend Plätze für Querulanten in den psychiatrischen Einrichtungen vorhanden sind, wo diese gewinnträchtig und nachhaltig entsorgt werden können.

Ohne gültiges Wahlgesetz und zudem ohne Legitimation wird bereits der Wahlkrampf angekurbelt. ...ist doch sowieso egal, denn das Ergebnis liegt schon längst in irgendeiner Schublade. ...ist doch auch egal, ob die BRD oder das „Deutschland“ der Alliierten den Bach hinuntergeht, denn die gierige Europa steht jederzeit für das folgende Schlachtfest bereit....

Doch nicht nur der Bundestag, sondern auch die Oppositionellen wurschteln ziemlich wirt weiterhin in der Gegend umher. Auch sie scheren sich anscheinend einen Dreck um den status quo, denn sie fechten weiter Normenschlachten mit Hilfe unwirksamer Gesetze und Verordnungen und wollen damit das nicht mehr vorhandene deutsche Volk befreien und in neue, grüne Landschaften führen, die dann von neuen Eignern und in biologisch korrekter Bodenbewirtschaftung kommerziell ausgebeutet werden können.

Auch dabei sind nicht nur die gefürchteten Nationalen und Braunen, sondern auch die Grundgesetzjünger, die das GG revidieren wollen. Auch die Verfassungsbewegungen sind nach wie vor nicht vom Tisch - unbeachtlich der Tatsache, daß es noch nie eine echte Verfassung auf deutschem Boden gegeben hat.

...und nicht zu vergessen die vielen Petitionisten, die mit ihrem Widerstand das System ganz konkret bestätigen.

Das Phänomen des Irreseins und der Schizophrenie scheint in unserem Land besonders tief verwurzelt zu sein und geht durch alle Kreise und Schichten. Hier hat sich die deutsche Gründlichkeit ein mörderisches Eigentor geschossen, denn was kann schlimmer sein, als Geisteskrankheit und Sektendenken bürokratisch zu verwalten und mittels Gewaltmonopol immer wieder ingangzuhalten?!

Was nutzt da dem einst betäubten Michel sein Aufwachen, wenn er angesichts der Realität sogleich wieder in Verwirrung gerät und dabei nicht selten buchstäblich irre wird? Nach der Neuen Germanischen Medizin tut die Heilungsphase weh. Welchen Schmerz muß das deutsche Restvolk noch ertragen, um diese kritische Phase durchschreiten zu können und im Heil zu landen? Und: Ist „Heil“ überhaupt erlaubt - oder wird es gar mit Gefängnis bedroht?

Wehe dem Volkskörper, wenn er denn wieder heil werden will, denn dann ist das totgebetete Gespenst wieder da und findet sich hoffentlich in einer ebenfalls heilen Welt wieder!

Liebe Grüße

P a t z l a f f, Thomas
Administrator
der-runde-tisch-berlin.info

Groß-Berlin, den 17. Dezember 2012